

Protokoll

über die 11. Sitzung des des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag
dem 28.10.2019, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Christian Fuchs
Herr Michael C. Kissig
Herr Michael Schernikau
Herr Herbert Thomascheski

i.V.f. Herrn Peter Kramer
Vorsitzender, Fraktionsvorsitzender

WSI:

Herr Andreas Schnieber

stellv. Vors., Fraktionsvorsitzender

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Dagmar Süß
Herr Willibald Ulbrich
Herr Olaf Wuttke

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Rüdiger Fölske
Frau Sophia Jacobs-Emeis

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek

Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE LINKE:

Herr Patrick Eichberger

Seniorenbeirat:

Herr Manfred Schlund

Umweltbeirat:

Herr Jens Brüggemann

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung	
Herr Manuel Baehr	zu TOP 4 und 7.3
Herr Rolf Jagemann	Prüfdienste
Herr Niels Schmidt	Bürgermeister
Herr Volkmar Scholz	
Herr Niklas Viehmann	Schriftführer

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Herr Peter Kramer

Seniorenbeirat:

Herr Hans Ehrich

Jugendbeirat:

Herr Tjalf Eydeler

Verwaltung:

Frau Gisela Sinz
Herr Ralf Waßmann

Außerdem waren 3 Einwohnerinnen und Einwohner sowie ein Vertreter der örtlichen Presse anwesend.

Die Anlagen zum Protokoll sind in der digitalen Version der 11. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.10.2019 als Dokument „Anlagen zum Protokoll“ angefügt.

Um 19 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Kissig alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Es liegt eine Tischvorlage zu TOP 5 vor, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der Tagesordnungspunkte 8 und 9.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:



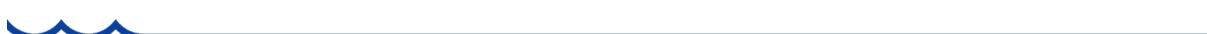
- 1.) Einwohnerfragestunde
 - 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
 - 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 2.) Anhörung der Beiräte
- 3.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 10. Sitzung vom 16.09.2019
- 4.) Beratung und Beschlussfassung über den Betrieb des Wohnmobilstellplatzes
Vorlage: BV/2019/108
- 5.) Bestellung einer*s Beauftragten für Menschen mit Behinderung;
hier: Erlass einer Satzung
Vorlage: BV/2019/126
- 6.) Personalbericht der Stadt Wedel 2019
Vorlage: MV/2019/088
- 7.) Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 7.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 7.2 Schriftliche Anfragen
 - 7.3 Anfrage der WSI-Fraktion Vorkaufsrechte
Vorlage: MV/2019/093

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 8.) Protokollgenehmigung, hier: Nichtöffentlichtes Protokoll der 10. Sitzung vom 16.09.2019
- 9.) Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

Öffentlich

- 10.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

1.1.) Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2.) Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Eine Einwohnerin und ein Einwohner möchten Fragen an den Haupt- und Finanzausschuss stellen.

Auf Nachfrage von Herrn Kissig bestätigen die Einwohner, dass ihre Namen im Protokoll genannt werden dürfen.

Zuerst stellt Frau Wohlers die Frage, warum der im Rat beschlossene 5. Nachtrag zur Geschäftsordnung noch nicht auf wedel.de eingestellt wurde.

Herr Ameling erläutert dazu, dass der Nachtrag auf der neuen Hauptsatzung aufbaut, die zunächst durch das Innenministerium genehmigt werden musste. Die Genehmigung liege jetzt vor, allerdings ist die Hauptsatzung noch nicht rechtskräftig. Er informiert den Ausschuss darüber, dass es allerdings noch Änderungen an der Geschäftsordnung geben wird und diese deshalb erneut in den HFA und den Rat zur Beschlussfassung gegeben wird.

Der nächste Fragesteller ist Herr Pflüger. Er möchte wissen, ob die Grundsteuererhebung bereits beschlossen wurde. Herr Schmidt stellt klar, dass die Beschlussvorlage noch nicht beschlossen wurde und lediglich ein Vorschlag der Verwaltung sei. Die politischen Gremien müssen der Verwaltungsempfehlung nicht folgen, es können sich noch Änderungen ergeben. Die Änderungen der gesetzlichen Grundsteuer wirken sich erst 2025 aus.

Herr Kissig erklärt das weitere Vorgehen mit dem Haushalt in den Gremien. In der nächsten Sitzung werde im Haupt- und Finanzausschuss über die Produkte des HFA beraten. Anschließend werde im Dezember in einer 2. Lesung über den gesamten Haushalt beraten. Anschließend beschäftigt sich der Rat mit der Beschlussfassung.

2.) Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat ist in dieser Sitzung nicht vertreten.

Der Umweltbeirat und der Seniorenbeirat haben nichts für den Ausschuss zu berichten.

Herr Schlund erkundigt sich nach dem Stand der Prüfung, ob die Beiräte die To-Do Liste des Rates sehen dürfen. Eine Prüfung soll nach der Einarbeitung des Protokollführers Herrn Viehmann vorgenommen werden. Dies ist noch nicht abschließend erfolgt.

3.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 10. Sitzung vom 16.09.2019

Es liegen keine Beanstandungen zum Protokoll der 10. Sitzung vom 16.09.2019 vor.

Der Ausschuss genehmigt mit 10 Ja 0 Nein und 3 Enthaltungen das Protokoll der 10. Sitzung vom 16.09.2019.



Herr Kissig hat mit Frau Gärke aus dem Justiziariat gesprochen. Sie wird bis März 2020 eine schriftliche Antwort über die Aufgabenzuschnitte des Justiziariates liefern.

4.) Beratung und Beschlussfassung über den Betrieb des Wohnmobilstellplatzes
Vorlage: BV/2019/108

Herr Wuttke fragt nach, was mit der Formulierung „eine Art Dienstleistungskonzession“ im Beschlussvorschlag gemeint ist. Des Weiteren äußert er Bedenken, dass ein Betrieb des Wohnmobilstellplatzes aufgrund der in der Beschlussvorlage aufgeführten Informationen, z. B. durchschnittliches Jahresminus von 25.000 € und 30 Tage im Jahr, die weiterhin für städtische Veranstaltungen zur Verfügung stehen sollen, nicht attraktiv für mögliche Betreiber sei. Er fragt daher nach, welche Möglichkeiten ein Pächter hätte. Bekäme er ein Recht auf einen gastronomischen Betrieb, könne er die 30 Tage selbst festlegen?

Herr Baehr und Herr Schmidt antworten, dass es sich dort weiterhin um einen reinen Wohnmobilstellplatz handeln und keine Partymeile entstehen solle. Primär solle ein Betreiber gefunden werden, der den Stellplatz für die Stadt kostendeckend betreiben könne. Dafür werde es wahrscheinlich eine Gebührenerhebung geben müssen. Es gäbe bereits Interessenten für den Betrieb des Stellplatzes. Der Begriff „Dienstleistungskonzession“ komme aus dem Vergaberecht und die Umsetzung sei noch nicht abschließend geklärt.

Herr Eichberger äußert ebenfalls Bedenken, jemanden für den Betrieb zu finden.

Auf Nachfrage von Herrn Schnieber erläutert Herr Scholz, dass eine mögliche Ausschreibung im Haushalt 2020 noch nicht berücksichtigt wurde und dieser nach dem derzeitigen Betrieb des Stellplatzes fortgeschrieben wurde.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Schnieber erklärt Herr Baehr, dass im Vertrag die Vertragspflichten und auch ein Kündigungsrecht bei Nichterfüllung der geregelten Pflichten vereinbart werden.

Herr Kissig betont, dass der Betrieb durch einen Externen die derzeit vorhandene illegale Müll- und Fäkalienentsorgung eindämmen und somit weitere Folgekosten für die Beseitigung solcher Entsorgungen verringert werden könnten.

Herr Barop möchte die Möglichkeit eines Kiosks nicht von vornherein ausschließen. Aufgrund der nahegelegenen Badebucht sehe Herr Kissig jedoch Konfliktpotenzial.

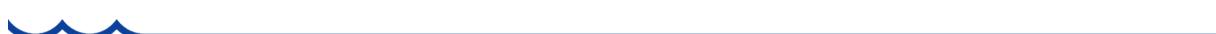
Aufgrund des Planungsrechtes sei der Platz nur für kurze Wohnmobilabstellungen vorgesehen. Es handelt sich nicht um einen Campingplatz und Zelte sind dort ebenfalls nicht vorgesehen.

Die Verwaltung solle den Ausschuss informieren, wie die Vergabe ausgestaltet werden solle.

Anschließend empfiehlt der Ausschuss dem Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt die Betreibung des Wohnmobilstellplatzes zum 01.01.2020 auszuschreiben. Der Wohnmobilstellplatz soll mittels einer Art Dienstleistungskonzession durch einen Dritten eigenständig betrieben und bewirtschaftet werden.



**5.) Bestellung einer*s Beauftragten für Menschen mit Behinderung;
hier: Erlass einer Satzung
Vorlage: BV/2019/126**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine Tischvorlage vor. Der Ausschuss für Jugend- und Soziales hat in seiner Sitzung am 22.10.2019 einige Änderungen an der Satzung vorgenommen, die in dieser Tischvorlage dargestellt sind.

Herr Kissig lässt über die Beschlussvorlage mit den Änderungen des AJS abstimmen.
Anschließend empfiehlt der Ausschuss dem Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die Satzung für die*den Beauftragte*n für Menschen mit Behinderungen der Stadt Wedel.

**6.) Personalbericht der Stadt Wedel 2019
Vorlage: MV/2019/088**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis von dem Personalbericht der Stadt Wedel 2019.

Herr Kissig bedankt sich bei der Verwaltung für die Erstellung des Personalberichtes. Die Gleichstellung sei ein neuer Aufgabenbereich des Haupt- und Finanzausschusses. Bei Bedarf könne die Gleichstellungsbeauftragte berichten. In der heutigen Sitzung ist sie allerdings verhindert.

Herr Schmidt macht auf den erfreulichen Rückgang im Krankenstand aufmerksam. Leider sei eine hohe Fluktuation vorhanden. Es treten verstärkt psychische Erkrankungen wie „Burnout“ auf.

Frau Koschorrek fragt, was auf S. 8 mit „Denkweise in Grenzen und Schranken“ gemeint sei. Herr Schmidt stellt klar, dass sich diese Aussage nicht auf die Stadt Wedel sondern global auf alle Verwaltungen beziehe.

Auf weitere Nachfrage von Frau Koschorrek bezüglich der Werte auf S. 9 erläutern Herr Schmidt und Herr Ameling, dass die Werte von den Führungskräften der Stadt Wedel in einem Workshop entwickelt wurden und diese Inhalt des Personalentwicklungsprogramms seien. Die Wirkungen dieser Werte werden sehr positiv aufgefasst.

Herr Fölske merkt positiv an, dass einzelne Themen in diesem Bericht ausführlich beschrieben wurden. Als HFA Mitglied fehlen ihm allerdings Vergleichszahlen, die die Entwicklung des Personals darstellen. Als Beispiele führt er unter anderem Benchmark, Alterspyramiden, Stellenkegel, Nachbesetzungen und Anzahl der Azubis an. Sowas gehöre seiner Meinung zu einem Personalbericht dazu. Der HFA hätte damit die Möglichkeit, abzuleiten, wie sich einzelne Steuerungsmaßnahmen ausgewirkt haben. Als Beispiel nennt Herr Fölske den Personalbericht der Stadt Hamburg.

Es müsse sich auf Kennzahlen geeinigt werden, die in dem Bericht aufgeführt werden sollen. Der Bericht der Stadt Hamburg könne als Beispiel herangezogen werden und es solle ein Vorschlag gemacht werden, welche Dinge im Bericht geändert werden sollen.



7.) Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

Herr Wuttke merkt an, dass der Ausschuss für Jugend und Soziales am heutigen Tage eine Sondersitzung vornehme, die nicht im Sitzungsplan festgelegt wurde. Die Sitzung sei im Ausschuss zwar mit Mehrheit beschlossen worden, allerdings nicht einstimmig. Ebenfalls wurde für den Sitzungskalender 2020 eine BKS-Sitzung aus der Sitzungswoche in die Ratswoche davor vorverlegt. Die Politiker erfüllen ihre Aufgaben ehrenamtlich und daher sei der Sitzungsplan einzuhalten. Dem Vorsitzenden des AJS sollte klargemacht werden, dass solche Sondersitzungen nicht einfach ohne Einvernehmen aller Beteiligten beschlossen werden können.

Herr Barop erläutert, dass die Verschiebung der BKS-Sitzung in 2020 mit dem Ausschuss abgestimmt wurde.

Herr Kissig stellt klar, dass es einen Sitzungskalender für eine bessere Planbarkeit gebe und die Sitzungen auch grundsätzlich in diesem Rahmen abgehalten werden sollten. Es könne jedoch immer sein, dass der Ausschussvorsitzende einen anderen Termin festlegen kann. Es gebe Vertreterinnen und Vertreter, die in solchen Fällen einspringen können. Bei dem Sondertermin des AJS handle es sich um eine Ausnahmesituation. Herr Kissig wird den Ausschussvorsitzenden Herrn Fresch auf die Bitte von Herrn Wuttke hinweisen.

Auf Nachfrage von Herrn Schnieber soll die Einladung für den Termin zum Thema Wohnungsbaugesellschaft am 27.11.2019 per Mail an VL Rat geschickt werden.

7.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

Frau Jacobs-Emeis erkundigt sich, ob die Verwaltung im neuen Stellenplan zu den Stellennummern auch die Bezeichnung der Stelle hinzugefügt hätte.

Herr Kissig hat festgestellt, dass die Verwaltung dies in einer zusätzlichen Spalte getan habe. Mit der aktuellen Software sei dies laut Herrn Ameling auch nicht anders möglich.

7.2.) Schriftliche Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

7.3.) Anfrage der WSI-Fraktion Vorkaufsrechte Vorlage: MV/2019/093

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der WSI zum Thema Vorkaufsrechte zur Kenntnis.

Herr Kissig erläutert, dass der HFA bereits in der letzten Sitzung zu diesem TOP diskutiert und die Anfrage der WSI erweitert hatte.

Herr Fölske lobt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung. Wo die Möglichkeit bestehe, solle die Stadt auch ein Vorkaufsrecht regeln. Die SPD Fraktion unterstütze ein solches Vorgehen.



Herr Kissig beauftragt die Verwaltung, eine Liste zu erstellen, für welche Flächen und Gebiete im Stadtgebiet ein Vorkaufsrecht sinnvoll wäre. Anschließend könne geprüft werden, ob eine Vorkaufsrechtssatzung für die Stadt Wedel Sinn macht.

Herr Wutke fragt, ob bei dem Gelände des Kraftwerkes damals ein Vorkaufsrecht aufgenommen wurde. Außerdem fragt er, ob durch den B-Plan Nr. 88 ein Vorkaufsrecht gesichert wurde. Es solle ein Rückkaufsrecht gesichert werden, um bei einem möglichen Wiederverkauf der Flächen durch die Käufer die Hand auf den Grundstücken haben zu können.

Die Verwaltung solle aufzustellen, was dies zur Folge hätte.

Herr Baehr schlägt vor, dies im Rahmen des nächsten Grundstücksverkaufes zu beraten, da dies jetzt noch sehr theoretisch wäre. Ein Vorkaufsrecht sei weniger attraktiv für mögliche Käufer. Er erklärt an dieser Stelle, was Vorkaufrecht bedeutet und betont, dass die Stadt nicht jederzeit das Grundstück erwerben könne, sondern lediglich beim Verkauf durch den Grundstückseigentümer die Möglichkeit bekomme, dass Grundstück zu kaufen, bevor es auf dem freien Markt angeboten werden darf.

Herr Fölske ergänzt, dass er in 20 verschiedenen Gemeinden Grundstücksverkäufe mit Vorkaufsrecht abgewickelt und sich dies nicht nachteilig auf den Grundstückspreis ausgewirkt hätte.

Herr Kissig fasst zusammen, dass beim nächsten Verkauf eine neue Beratung im HFA stattfinden wird. Darüber hinaus erstellt die Verwaltung eine Liste mit den Gebieten und Grundstücken, für die ein Vorkaufsrecht für die Stadt Sinn machen, als Grundlage für eine Vorkaufsrechtssatzung.

Anschließend bedankt sich der Ausschussvorsitzende Herr Kissig bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der Tagesordnungspunkte 8 und 9 von der Sitzung aus.

10.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst. Daher entfällt die Unterrichtung der Öffentlichkeit.

Anschließend bedankt sich der Ausschussvorsitzende Herr Kissig bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:15 Uhr.

Gez. Michael C. Kissig
Michael C. Kissig
Vorsitzender

Niklas Viehmann
Schriftführer

Datum der Unterschrift 04.11.2019

04.11.2019



